

Heidelberger Programm für Partizipation, Solidarität und Vielfalt als Grundgedanken der liberalen Bürgergesellschaft

Version von Markus Mayer, Juni 1995

Das Heidelberger Programm des AKD war die erste größere programmatische Arbeit des 1993 gegründeten Arbeitskreises. Das Heidelberger Programm fand auch innerhalb der F.D.P. großen Anklang. In der einzigen mir vorliegenden Form habe ich es vom damaligen AKD-Leiter Markus Mayer. Wesentlich mitgearbeitet hatten aber auch Marc Schütze und Christina Renner, die das Heidelberger Programm auch bei den baden-württembergischen Jungen Liberalen bekannt machte.

Gliederung

- Einleitung: Partizipation, Solidarität und Vielfalt
- These 1 - Selbstbestimmung und Eigenverantwortung durch eine Politik der Partizipation - Liberalismus setzt sich ein für selbstbestimmte Existenz
- These 2 - Soziale Verantwortung und Zukunftsverträglichkeit durch eine Politik der Solidarität - Liberalismus setzt auf soziale Verantwortung
- These 3 Freiheit und Toleranz durch eine Politik der Vielfalt - Liberalismus bekennt sich zur Toleranz individueller Lebensführung
- Begründung
- Gedankenstruktur zur ordnungspolitischen Umsetzung (Konzeption)

Einleitung

Ausgangspunkt des Liberalismus ist der Einsatz für die Achtung der Menschenwürde durch Selbstbestimmung des einzelnen. Die Entfaltung der Freiheit eines autonomen und sozialen Individuums verlangt heute nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten des Bürgers an ihn betreffenden und an öffentlichen Angelegenheiten (Partizipation), nach solidarischer Gemeinverantwortung zur Ermöglichung menschenwürdigen Lebens aller Bevölkerungsmitglieder (Solidarität) und nach Gewährleistung individueller Lebensführung in den Grenzen des ökologisch-demokratischen Verfassungsstaates in Europa (Vielfalt) :

Erst eine Freisetzung bürgerschaftlicher Aktivität in sämtlichen sozialen und politischen Handlungsfeldern garantieren ein Höchstmaß an gesellschaftlicher Autonomie. Nur durch **Partizipation** können Bürger zu Privatinitiative und zu Selbstorganisation in öffentlichen Angelegenheiten aktiviert werden. Eine Politik- konzeption, die sich auf die Selbstheilungskräfte von Markt und Gesellschaft verläßt, mehrt gleichzeitig den individuellen und kollektiven Nutzen.

Die Politik hat ein Trugbild gezeichnet, wonach Freiheit und Sicherheit in allen Lebenslagen vom Staat geliefert werden können, ohne daß die Menschen dafür selbst Verantwortung übernehmen müssen. Es wurde ein Anspruchsdenken gezüchtet, das die Verantwortung des einzelnen für sich selbst und seine Mitbürger überflüssig macht. **Solidarität** ist zur staatlichen Dienstleistung verkommen.

Die Perspektive der liberalen Bürgergesellschaft erhebt schließlich einen über die einzelstaatliche Gesellschaft hinausgehenden Anspruch. Die Garantie von individuellen, politischen und sozialen Bürgerrechten ist auch mit kultureller und ethnischer **Vielfalt** vereinbar. Die Konzeption der Bürgergesellschaft macht die Achtung von Recht und Gesetz, gegenseitige Toleranz und die prinzipielle Beachtung der Freiheitsrechte eines jeden zu den Kriterien der Zugehörigkeit zu ihr. Insoweit verteidigt der Liberalismus den "heterogenen Nationalstaat" ebenso, wie er an der Utopie der auf einem Weltbürgerrecht basierenden Weltbürgergesellschaft festhält.

Die Wahrung der Tradition des klassischen Liberalismus gegenüber allen Freiheit und Recht bedrohenden staatlichen Maßnahmen und gesellschaftlichen Entwicklungen ist unverzichtbare und unersetzbare Aufgabe einer freidemokratischen Partei. Ihr obliegt es als Zugpferd des Liberalismus für eine Politik zu stehen, die das Individuum in seiner Umfassendheit als aktives und verantwortliches Wesen versteht und dabei die tiefgreifenden Verschiedenheiten menschlicher Lebensformen und Existenzbedingungen anerkennt.

In den nachfolgenden Thesen soll die Bedeutung dieser Themenfelder für liberale Gesellschaftspolitik entwickelt werden.

These 1 - Selbstbestimmung und Eigenverantwortung durch eine Politik der Partizipation

Liberalismus setzt sich ein für selbstbestimmte Existenz.

Für ihn ist Freiheit nicht das Recht auf Desinteresse, sondern die Chance etwas zu tun. Mitgestaltung der Organisation unseres Zusammenlebens durch den einzelnen steht im Vordergrund liberaler Gesellschaftspolitik.

In der freiheitlichen Demokratie ist der Bürger der Souverän der politischen Macht. Seine Souveränität legitimiert repräsentative Parlamente und handlungsfähige Regierungen. Doch darin darf sie sich nicht erschöpfen. Ein liberales Demokratieverständnis begründet auf dem Glauben an die prinzipielle Politikfähigkeit des einzelnen durch direkte öffentliche Teilnahme. Einbindung des Individuums in die öffentlichen Angelegenheiten wirkt gegen Politikverdrossenheit und Staatsentfremdung.

Liberales Gesellschaften bieten Individuen mannigfache Entfaltungsmöglichkeiten. Die Freiheit persönlicher Wertsetzung reduziert gemeinsam verbindende Werte auf einige wenige. Auch ihre demokratische Organisationsform ist darauf angelegt, auf einen unabschließbaren Kreis von Fragen immer gegensätzlichere Antworten zu geben. Deshalb birgt die Forderung nach stetiger Selbstverwirklichung die Gefahr, Desintegration zu verschärfen anstatt Integration zu fördern.

Integration in und Teilhabebewußtsein an der Gesellschaft kann erst der Konflikt im politischen Prozeß zu fördern. Er ist das Mittel, an dem die identitätsbildende, stabilisierende Integration des Einzelnen in die Gesellschaft vollzogen werden kann. Der institutionelle Rahmen der heutigen Sozial- und Rechtsordnung läßt demgegenüber zu wenig Raum für die Bildung eines solchen Teilhabebewußtseins. Als Folge dessen sieht sich der einzelne nur als Träger von Partikularinteressen, die er gegen konkurrierende Interessen durchzusetzen versucht. Die Verantwortung für das Gemeinwohl wird nicht reflektiert, auf Krisensymptome reagiert er als Außenstehender selbstbezogen und panisch.

Deshalb ist ein Paradigmenwechsel von staatszentrierter Politik hin zu einer aktiven Bürgergesellschaft erforderlich. Diese stärkt zum einen die Kräfte der Selbsthilfe und der Selbstorganisation. Zum anderen trägt sie der Erkenntnis Rechnung, daß ein politisches Gemeinwesen letztlich vom Engagement seiner Bürger für die öffentlichen Angelegenheiten

getragen wird. Mit seiner Forderung nach politischem Minimalismus vollzieht der Liberalismus die Abkehr von einem etatistischen Politikmodell. Der moderne Dienstleistungs- und Wohlfahrtsstaat ist nicht nur auf vielen Politikfeldern überfordert, er demotiviert zudem bürgerschaftliches Engagement.

Die Einbeziehung des Bürgers in den unmittelbaren politischen Prozeß einer Bürgergesellschaft gewährleistet dessen Integration und seine Aufmerksamkeit für die Belange der Allgemeinheit. Das Bedürfnis nach Gemeinsinn muß also in Form institutionalisierter Chancen demokratischer und sozialer Partizipation gelöst werden.

These 2 - Soziale Verantwortung und Zukunftsverträglichkeit durch eine Politik der Solidarität

Liberalismus setzt auf soziale Verantwortung.

In einer Gesellschaft, die die Menschen als mündige Bürger behandelt, werden Mündigkeit und ein reifer Umgang mit der Freiheit gefördert. Wenn die Menschen jedoch am staatlichen Gängelband geführt werden, muß jegliche Eigenverantwortung und Mitverantwortung für andere verkümmern.

Mitverantwortung müssen die Individuen entwickeln und nicht die Ordnungen, in denen sie leben. Von den Ordnungen dagegen hängt es ab, ob die Menschen diesen Gemeinsinn überhaupt entwickeln und entfalten können. Nur eine liberale Sozialordnung kann die Einsicht gewähren, die Solidarität zwischen den Individuen ermöglicht.

Menschenwürde durch Selbstbestimmung kommt jedem Menschen zu, weshalb eine solidarische Gemeinverantwortung zur Ermöglichung eines menschenwürdigen Lebens aller Bevölkerungsmitglieder nötig ist.

Der Liberalismus hat das Wohl des Ganzen, nie das irgendwelcher Sondergruppen im Auge.

Vernünftiges Handeln unterscheidet sich von unvernünftigem Handeln dadurch, daß es vorläufige Opfer fordert; diese vorläufigen Opfer sind nur Scheinopfer, da sie durch den Erfolg, der später eintritt, aufgewogen werden. Doch um so zu handeln, braucht es Einsicht in die Folgen des Handelns. Das macht sich volksparteilich ausgerichtete Politik zunutze. Sie tritt dem Liberalen, der das vorläufige Opfer fordert, entgegen, und verurteilt ihn als hartherzig und volksfeindlich. Diese antilibérale Politik ist Kapitalaufzehrungspolitik. Sie empfiehlt, die Gegenwart auf Kosten der Zukunft reichlicher zu versorgen. Ein reichlicherer Genuß im Augenblick steht ein schwerer Nachteil in der Zukunft gegenüber. Liberalismus

richtet sich gegen diese bedenkliche Entwicklung und fordert in allen Bereichen der Ordnungspolitik Rücksicht gegenüber den Ausgegrenzten und Nachkommenden.

Ein häufig falsch verstandener und propagierter Individualismus läßt die liberale Idee auf dann berechtigtes Mißtrauen stoßen. Die Stärkung des Individuums gegenüber staatlichen Zwangssystemen soll nicht auf ein Recht des Stärkeren hinauslaufen. Sie verfolgt das Ziel der Verstärkung der Möglichkeiten eines jeden, auch und gleichberechtigt der Schwächeren, seine individuellen Fähigkeiten zu entfalten. Soweit ein Bedarf für die Stützung der Schwachen besteht, ist gegen Umverteilung als ordnungspolitisches Instrument nichts einzuwenden.

These 3 Freiheit und Toleranz durch eine Politik der Vielfalt

Liberalismus bekennt sich zur Toleranz individueller Lebensführung.

Das Zusammenleben von Menschen in unterschiedlichen Lebensformen nach eigenen sozialen, kulturellen und nationalen Werten ist Ausdruck einer freiheitlichen Gesellschaft; die freie Lebensgestaltung findet dort ihre Grenzen, wo die Grundlagen des Zusammenlebens gefährdet werden.

Eine Politik der Anerkennung bedeutet die Gesellschaft im Inneren nach dem Grundsatz größtmöglicher und gleicher Rechte zu ordnen, ohne dabei Unterschiede nach Rasse, Ethnie und Geschlecht zu machen

Liberaler Internationalismus zielt darauf ab, die Grundsätze des ökologisch-demokratischen Verfassungsstaates auf die internationalen Beziehungen zu übertragen.

Wer in Deutschland lebt, soll sich nach seinen eigenen Werten frei entfalten können. Dies gilt für Reiche und Arme, für Inländer und Ausländer, für Gläubige und Nichtgläubige, für Mehrheiten und Minderheiten. Diese Toleranz für den anderen erkennt die multikulturelle Gesellschaft als Ausdruck von menschlicher Vielfalt an. Grenze für eine freie Lebensgestaltung kann nicht schon die vorherrschende Moral oder das Nationalgefühl einer dem Nationalstaat nachtrauernden Mehrheit sein. Vielmehr wird sie ausschließlich durch das Bedürfnis beschränkt, die Grundlage für eine freie Lebensführung aller Menschen zu sichern. In diesem Sinne darf der demokratische Verfassungsstaat die Freiheitsräume der Bürger untereinander in ein Gleichgewicht bringen. Einzige Grenze für eine freie Lebensgestaltung ist daher die Einhaltung der Regeln der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Zu ihr ist unter heutigen Gesichtspunkten auch der Schutzauftrag des Staates zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu zählen. Der so verstandene ökologisch-demokratische

Verfassungsstaat hat jedoch zur Erreichung seines Umweltschutzziels bei gleichen Erfolgchancen dasjenige Mittel einzusetzen, das am wenigsten in die Freiheit des Bürgers eingreift.

Die Sicherung der Grundlagen des Zusammenlebens der Menschen ist in vielen Bereichen von Deutschland allein nicht zu bewältigen. Der europäische Integrationsprozeß bietet hier effektivere Erfolgsaussichten so wie er mit den Regeln des gemeinsamen Marktes einen enormen Wohlstandsgewinn ermöglicht hat. Eine ökologisch-demokratische EU kann sich der grenzüberschreitenden Probleme von Kriminalität, Migration und Umweltverschmutzung besser annehmen als Staaten, die die Probleme nur auf ihre Nachbarn abwälzen.

So wie ökologisch-demokratische Prinzipien die Struktur der Europäischen Union bestimmen sollen, ist auf globaler Ebene der Einsatz für ihre Inhalte in der kooperativen Weltgemeinschaft nötig. Da Menschenwürde durch Selbstbestimmung jedem Erdbürger zusteht, tritt liberale Politik für die Einhaltung der grundlegenden universell geltenden Menschenrechte ein. Andererseits folgt aus der Toleranz gegenüber Kulturen, die diesen harten Kern respektieren, daß das westliche Gesellschaftsmodell nicht auf fremde Länder mit historisch gewachsenen Eigenheiten zu übertragen ist. Gerade hier ist Vielfalt zu erhalten.

Begründung

Der Liberalismus hat mit seinen Forderungen nach Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft den Sieg über seinen sozialistischen Konkurrenten im Wettbewerb der Systeme davongetragen. Aber die liberale Gesellschaft, die individuelle Freiheit, wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeit und sozialen Wohlstand zu ihren Lebensgrundlagen zählt, ist faktisch verunsichert. Mit dieser ihm innewohnenden Ambivalenz muß sich der Liberalismus auseinandersetzen. Die Gesellschaft braucht stets Visionen, um mit ihnen jede neue Herausforderung in der nie abgeschlossenen Entwicklung menschlicher Geschichte bewältigen zu können.

Die hier vorgelegte Konzeption will darlegen, daß liberale Gesellschaftspolitik das Projekt der Moderne anführen kann und wird sich dafür am Menschenbild des selbstbestimmten Bürgers orientieren. Nur ein Liberalismus, der sein ursprüngliches Leitbild einer Gesellschaft freier und gleicher Bürger einholt, hat heute seine Berechtigung und vermag seine kritisch-regulative Kompetenz für die Politik am Ende des 20. Jahrhunderts wiedergewinnen. Ein ökonomistisch verengter, auf Ordnungspolitik reduzierter Liberalismus, der sich nur als unreflektierter Träger wirtschaftlicher und industrieller Modernisierung versteht und allein den ökonomischen Interessen verfolgenden Wirtschaftsbürger zu seinem Ausgangspunkt

macht, ignoriert daraus erwachsende Folgekosten und belastet die Nach- und Umwelt auf unerträgliche Weise.

Deshalb muß in Anknüpfung an liberale Gedankentradition neben der Herleitung der Wirtschaftspolitik durch Begriffe wie Leistung, Wettbewerb und Markt die Herleitung liberaler Gesellschaftspolitik durch Begrifflichkeiten wie Partizipation, Solidarität und Vielfalt als Kernstücke einer Bürgergesellschaft erfolgen. Hier liegen die Perspektiven, die die Politik insgesamt und vor allen Dingen die Liberalen zu verlieren scheinen. Die Menschen wollen nicht nur pragmatisch-liberale Politik, sondern eine liberale Vision und die muß neben ordnungspolitischer Kompetenz gesellschaftspolitische Grundüberzeugungen vermitteln. Dafür braucht der organisierte Liberalismus als Träger einer solchen Politik seinerseits eine Wiederbelebung.

Die für eine derartige Revitalisierung notwendige inhaltliche Debatte zu entfachen, ist der Sinn dieses Antrages.

In einem nächsten Schritt muß dann überprüft werden, wie sich Partizipation, Solidarität und Vielfalt in praktisch liberaler Politik niederschlagen. Dabei kann sich an der in den letzten Jahren entwickelten Programmatik orientiert werden. Die Weiterentwicklung liberaler Ordnungspolitik macht aber erst Sinn, wenn wir uns für die gesellschaftlich relevanten Fragen auf eine gemeinsame Ausrichtung einigen können und diese verinnerlichen.

Gedankenstruktur zur ordnungspolitischen Umsetzung (Konzeption)

A. Partizipation in der liberalen Bürgergesellschaft

I. Bildung und Ausbildung als Voraussetzung für Partizipation

II. Partizipation im Wirtschafts- und Sozialleben

1. Partizipation im Sozialwesen

2. Transparenz im Steuer- und Ttransfersystem

3. Partizipation und Transparenz im Wirtschaftsleben

III Partizipation in öffentlichen Angelegenheiten

1. Politische Selbstbestimmung - Basisdemokratie

- Beteiligung durch Bürgergutachten

- Parteistrukturereform

2. Effektive Verwaltung

B. Solidarität in der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft

I. Solidarität und Zukunftssicherung

1. Solide Finanzen

2. Eigenverantwortliche Altersversorgung

3. Ökologische Marktwirtschaft

- Langfristige Energiepolitik

- Umweltbewußte Verkehrsplanung

II. Solidarität und Wohlstandssicherung

1. Flexibilisierte Arbeitsbedingungen

2. Innovationspolitik

3. Chancengerechtigkeit durch die Informationsgesellschaft

C. Vielfalt im weltoffenen Deutschland

1. Vielfältige Wertegemeinschaft

2. Aktive Europapolitik

3. Verantwortliche Außenpolitik

Der ordnungspolitische Teil ist noch nicht ausgearbeitet, kann sich aber, wie an den Stichworten ersichtbar, an der in den letzten Jahren entwickelten Programmatik orientieren. Diese müßte nur um einige weitere Aspekte erweitert werden.

Heidelberg, im Juni 1995, Markus Mayer